

Mitteilung Nr. MIT-FS 73/2025 - Tischvorlage		
zur Anfrage Nr. nach § 39 GStVV des Einzelstadtverordneten vom Thema:	FS-73/2025 Die Linke - Muhlis Kocaaga 15.10.2025 Ausbau des Frauenhauses	
	Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja Anzahl Anlagen: 0

I. Die Anfrage lautet:

Anfang diesen Jahres hat der Bundestag das Gewalthilfegesetz beschlossen, das einen bundesweiten Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder schafft. Bereits 2024 hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, das bestehende Frauenhaus auf 30 Plätze auszubauen. Bislang wurde dieser Beschluss jedoch nicht umgesetzt. Dadurch fehlt vielen schutzsuchenden Frauen und Kindern ein sicherer Platz.

Wir fragen den Magistrat:

Wann ist mit der Umsetzung des beschlossenen Ausbaus des Frauenhauses in Bremerhaven zu rechnen?

Zusatzfrage 1: Ist ein weiterer Ausbau der bestehenden Strukturen bzw. die Schaffung neuer zusätzlicher Hilfsangebote für gewaltbetroffene Frauen in Bremerhaven geplant?

II. Der Magistrat hat am 22.10.2025 beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.:

Im Frauenhaus steht seit Anfang August dieses Jahres eine weitere Wohnung mit fünf Plätzen zur Verfügung. Damit beträgt die Gesamtzahl der Plätze 30, sodass der geforderte Ausbau auf 30 Plätze faktisch erreicht ist. Für den Fall, dass trotz der Erweiterung schutzsuchende Frauen nicht aufgenommen werden können, stehen derzeit fünf Zimmer mit Notplätzen in einer städtischen Einrichtung bereit. Angesichts der angespannten Haushaltslage und der strikten Sparvorgaben des Landes lässt sich aktuell nicht absehen, ob im kommenden Jahr Mittel für den Ausbau des Frauenhauses zur Verfügung stehen werden.

Zu Zusatzfrage 1:

Das beschlossene Gewalthilfegesetz wird vom Magistrat ausdrücklich begrüßt, da es ab 2027 eine verlässliche öffentliche Finanzierung des Hilfesystems durch Bund und Länder sicherstellt. Die finanzielle Verantwortung liegt damit künftig nicht mehr bei der Kommune. Aufgrund der derzeit angespannten Haushaltslage ist ein weiterer Ausbau bestehender Strukturen oder die Einrichtung zusätzlicher Angebote aktuell nicht vorgesehen.